

# Fritz Amann kritisiert Novelle der Immobilienmaklerordnung

Online gestellt: 15.07.2010 09:38 Uhr Aktualisiert: 15.07.2010 09:46 Uhr



WKÖ-Vizepräsident Fritz Amann ist gegen die geplante Novelle. - ©VMH/Andreas Uher  
Bregenz - Am Donnerstag endet die Begutachtungsfrist für die Novelle der Immobilienmaklerordnung. Kritik daran kommt von WKÖ-Vizepräsident BO Fritz Amann.

- [Maklerprovisionen sollen sinken](#)

Mit der Reduktion der Provisionszahlungen von Mietern bei der Vermittlung von Mietverhältnissen an Wohnungen und Einfamilienhäusern von derzeit max. drei Bruttomonatsmieten auf max. zwei Bruttomonatsmieten, habe Wirtschaftsminister Mitterlehner über das Ziel hinausgeschossen, da eine gesamte Branche in ihrer Existenz gefährdet sei, kritisiert WKÖ-Vizepräsident Fritz Amann.

Diese Vorgangsweise entspricht für Amann nicht den Regeln der freien Marktwirtschaft. Hier werde durch staatliche Einflussnahme, den Immobilienmaklern per Gesetz ein Drittel des Umsatzes gestrichen. Diese staatliche Einflussnahme müsse ein Unternehmer erst mal aushalten, zumal die Budgetplanungen für 2010 von anderen Einnahmeparametern ausgegangen seien. Die Folge sei, dass viele Betriebe in ihrer Existenz gefährdet seien und auch zahlreiche Arbeitsplätze verloren gehen werden. Die Immobilienbranche beschäftige etwa 20.000 bis 25.000 Mitarbeiter. Amann sagt weiter: "Auch werden dort 230 Lehrlinge ausgebildet, weil dieser Beruf bisher Zukunft hatte. All diese Mitarbeiter können sich nun bei ihrer Interessensvertretung, der Arbeiterkammer, bedanken, die diese Novelle als großen Erfolg für den Konsumenten verkauft hat." Auch der Anzeigenmarkt in den Zeitungen und Magazinen werde deutlich reduziert werden, da für Inserate die finanziellen Mittel fehlen werden. Auch dort werde es zu Arbeitsplatzverschiebungen bzw. Jobverlusten kommen, da die geplanten Einnahmen nun ausbleiben werden, erörtert Amann weiter.

Der WKÖ Vizepräsident verlangt daher, dass sich Wirtschaftsminister Mitterlehner seiner Wurzeln in der WKÖ besinne und somit das Interesse der Wirtschaft vertrete, anstatt Erfüllungsgehilfe für die AK zu sein. Daher muss diese Novelle im Sinne des Maklergewerbes sofort gestoppt werden, so der RfW BO, WKÖ Vizepräsident Fritz Amann, abschließend.